

**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt**

Es informiert Sie	Michael Lutz
Telefon (0202)	563 5920
Fax (0202)	563 8484
E-Mail	michael.lutz@stadt.wuppertal.de
Datum	18.04.06

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt (SI/4441/06) am 07.03.2006

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Bettina Brücher ,

von der CDU-Fraktion

Herr Martin Dahlmann , Herr Johannes Huhn , Herr Peter Moritz Iseke , Herr Dirk Jaschinsky , Herr Volker Rösener ,

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert , Herr Frank Lindgren , Herr Andreas Mucke , Herr Oliver Siegfried Wagner

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Ilona Schäfer ,

von der FDP-Fraktion

Herr Alexander Schmidt ,

von der WfW-Fraktion

Herr Dr. Reimar Kroll ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Andreas Keller , Herr Rainer Lucas , Herr Dirk Moberg ,

von der Verwaltung

Herr Beig. Harald Bayer , Herr Wolfgang Eichner, Frau Henrike Mölleken, Herr Hubert Nobis, Herr Erwin Rothgang , Herr Andreas Schmiedecke, Frau Vera Thöne, Herr Albert Vosteen, Herr Wilfried Wächter, Frau Anga Zehnpfennig

Schriftführer

Herr Michael Lutz ,

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 **Konsequenzen aus der Abschaffung der Baumschutzsatzung** **Vorlage: VO/1578/06**

Frau Schäfer gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, dass ohne eine vorherige Diskussion der Beschluss zur Abschaffung der Baumschutzsatzung erfolgt sei. Viele Fragen, auch zum Beispiel die nach den Konsequenzen in Bezug auf die Personalsituation, seien offen geblieben.

Hierzu führt Herr Rothgang aus, dass Finanzmittel für die zahlreicher werdenden „Naturdenkmale“ nicht zur Verfügung stehen.“ Bei den Personalstellen würde derzeit nachgewiesen, in welchem Umfang bislang MitarbeiterInnen des Ressorts Umweltschutz im Bereich „Baumschutz“ tätig gewesen seien. Darüber hinaus werde dargestellt, welche Aufgaben auch weiterhin im Sinne von „Baumschutz ohne Baumschutzsatzung“ zu erledigen seien. Baugesetzbuch, Bauordnung und das Landschaftsgesetz beinhalteten u.a. den Auftrag, die Grünbelange in den jeweiligen Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Die Frage, welche personellen Konsequenzen sich aus einer erweiterten Naturdenkmalliste ergäben, könne erst dann beantwortet werden, wenn deren Umfang erkennbar werde.

Herr Stv. Rösener stellt dar, dass der Rat der Stadt Wuppertal beschlossen hat. Er stellt im Zusammenhang mit Ziffer 4.2 der Drucksache („Grünbelange im Baugenehmigungsverfahren“) die Frage, was gesetzlich geändert werden müsse, damit die Bestandspläne auch ohne existierende Baumschutzsatzung eingereicht werden müssten. Diese Frage wird – so Herr Rothgang – die Verwaltung prüfen. Es müsse – so Herr Rothgang weiter – geprüft werden, welche Möglichkeiten im Baugenehmigungsverfahren bestehen, um zu einer sachgerechten Beurteilung zu gelangen. Weitere ergänzende Erläuterungen gibt im Folgenden Frau Mölleken.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2 **Förderung des Baumschutzes** **- Antrag der FDP-Fraktion -** **Vorlage: VO/0215/06**

Anmerkungen von Frau Schäfer sowie Fragen von Herrn Stv. Mucke, der den Antrag der FDP-Fraktion begrüßt, werden im Folgenden von Frau Mölleken und Herrn Beig. Bayer kommentiert bzw. beantwortet.

Herr Stv. Wagner und Frau Schäfer regen an, den Antragstext um das Wort „Pflanzung“ zu ergänzen – hiermit zeigt sich Herr Schmidt einverstanden.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 07.03.2006:

Der Ausschuss für Umwelt empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Die Stadt Wuppertal richtet ein Baum-Förderprogramm für Pflanzung, Pflege, Schutz und Fällung von Bäumen ein.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für ein solches Förderprogramm zu erarbeiten und dem Ausschuss für Umwelt vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit (bei 3 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der WfW-Fraktion)

3

Scharpenacken

- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Vorlage: VO/0238/06

Die Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werden von Frau Mölleken wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Welche Entwicklungsmöglichkeiten gibt es aus Sicht der Verwaltung für den ehemaligen Truppenübungsplatz Scharpenacken unter Berücksichtigung der ökologischen Wertigkeit und der Bedeutung als Naherholungsgebiet ?

Antwort::

Die Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Scharpenacken, der mit rund 250 Hektar ein sehr großes Areal ist, sind so vielfältig wie die Bedürfnisse vieler Menschen einer Großstadt. Wohin die Entwicklung gehen wird, wird sich sicher erst nach Klärung der Eigentumsfrage verbindlich darstellen lassen. Die Fläche ist etwa je zur Hälfte mit Wald und Grünland bestanden und wird von einigen (Rund-) Wegen durchzogen.

Aus Sicht der Verwaltung sollen die Grundzüge des Scharpenackens auch künftig erhalten bleiben: Die Fläche soll weiterhin der Naherholung zur Verfügung stehen und es besteht auch weiterhin ein Interesse an der Fortsetzung der landwirtschaftlichen Nutzung.

Aufgrund der Größe des Scharpenackens scheinen diese Ansprüche nach derzeitigem Kenntnisstand mit der Entwicklung ökologisch wertvoller Bereiche vereinbar zu sein. Außer den kartierten § 62 Biotopen gibt es weitere hochwertige Flächen. Um diese Wertigkeit ermitteln zu können, soll ein Gutachten in Auftrag gegeben werden (noch ist dafür die Finanzierung jedoch nicht sichergestellt). Erst nach Auswertung dieses Gutachtens wird die weitere Planung genauere Angaben zu den konkreten Entwicklungsmöglichkeiten geben.

Frage 2:

Welche Nutzungen sind mit der Festsetzung „Landschaftsschutz“ vereinbar ? Sind intensive Freizeitnutzungen mit baulichen Maßnahmen auf dem Gelände (z.B. Golfplatz) durch die Festsetzung „Landschaftsschutz“ grundsätzlich ausgeschlossen ?

Antwort:

- Grundsätzlich herrscht im LSG Bauverbot (2.3 A.1.).
- Bauliche Anlagen im Außenbereich bedürfen einer Baugenehmigung nach § 35 BauBG und einer Ausnahme/Befreiung. Da es sich
 - o nicht um ein privilegiertes Bauvorhaben handelt und
 - o ein Golfplatz kein öffentlicher Belang ist, müssen schwerwiegende sonstige Gründe vorliegen, die eine Genehmigung rechtfertigen würden. Ansonsten steht der öffentliche Belang „Landschaftsschutzgebiet“ dem Vorhaben entgegen.
- Der Errichtung eines Golfplatzes stehen die Ausweisungen des FNP und des Landschaftsplanes Ost entgegen. Ist etwas anderes gewollt, bedarf dies einer Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung eines Bebauungsplanes
- Für diese Änderungen sind Ratsbeschlüsse erforderlich.

Frau Schäfer regt an, diese Antworten auch den Bezirksvertretungen

Heckinghausen und Ronsdorf zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt die Beantwortung der Fragen entgegen.

4 Elektro- und Elektronikgesetz
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen -
Vorlage: VO/0233/06

Zur Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt Frau Zehnpfennig einleitend dar, dass zur Maisitzung des Ausschusses für Umweltschutz eine ausführliche schriftliche Berichtsdrucksache vorgesehen sei. Zur Frage 1 führt sie aus, dass nicht „Händler“, sondern „Hersteller“ sich registrieren lassen müssen. Informationen hierüber lägen derzeit noch nicht vor. Die Hersteller würden künftig mit in das Entsorgungsgeschehen eingebunden – teilweise sei dies bereits erfolgt. Den Händlern sei jedoch gesetzmäßig keinerlei Verpflichtung in dieser Hinsicht zugewiesen worden. Jedoch sei die AWG dabei, sämtliche Wuppertaler Händler, die mit dem Vertrieb von Elektronikgeräten befasst sind, anzuschreiben und sie um Mitarbeit zu bitten. Ca. 10 Betriebe nähmen bereits seit Jahren Altgeräte entgegen – weitere Händler sollten eingebunden werden. Jeder Händler, der sich am Rücknahmesystem beteiligt, werde sich z.B. in seinem Schaufenster als Rücknahmebetrieb „kennzeichnen“ und Informationen für die BürgerInnen vorhalten. Die Rücknahme von Großgeräten erfolge – so Frau Zehnpfennig weiter – im bislang bewährten System (Sperrmüllabfuhr, Recyclinghöfe, GESA). Eine Änderung der seit vielen Jahren praktizierten Logistik sei nicht vorgesehen. Die bisherige Rücknahmemenge läge im Übrigen bei ca. 7 kg/Einwohner/Jahr, wobei das Elektrogerätegesetz bis Ende 2006 bundesweit das Erreichen einer Rücknahmequote von 4 kg/Einwohner/Jahr vorsehe.

Zum Informationsfluss sei weiterhin die Aufklärung über den Abfallkalender sowie weiterhin intensive Pressearbeit vorgesehen. Darüber hinaus bereite der Handel Informationskampagnen vor. Auch die Verbraucherzentrale habe landesweit ein diesbezügliches Informationsfaltblatt erstellt und veröffentlicht.

In der für Mai angekündigten Berichtsdrucksache werden auch Informationen über die ersten gemachten Erfahrungen einfließen.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Lucas, Herr Dr. Kroll und Frau Zehnpfennig.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt die Beantwortung der Fragen zur Kenntnis.

5 Erfahrungsbericht über Hochwassersituationen im Wuppertaler Stadtgebiet
Vorlage: VO/0204/06

Der Ausschuss für Umwelt nimmt den Bericht der Verwaltung entgegen.

6 Nachfolgenutzung der Deponie Lüntenbeck
Vorlage: VO/1566/05

Herr Beig. Bayer führt aus, dass sich der Verwaltungsvorstand mit der Frage der Oberflächenabdichtung der ehemaligen Deponie Lüntenbeck befasst hat. Sowohl die Fachverwaltung als auch die AWG hätten ihre Argumentation vorgebracht – Vorschlag des Stadtkämmerers sei gewesen, Schlacke einzusetzen - mit der zu erwartenden „vermiedenen“ Gebührenerhöhung, die bei einem Nicht-Einsatz von Schlackenmaterial befürchtet wurde. Der Beschluss des Verwaltungsvorstandes

sei gewesen, diesem Vorschlag zu folgen.

Frau Dr. Dinnebier, die eine – von allen Fraktionen begrüßte – Nachfolgenutzung vorgeschlagen hat, habe vor dem Hintergrund dieser Entscheidung daraufhin signalisiert, ihre Planungen nicht realisieren zu wollen.

Die Fachverwaltung habe – so Herr Beig. Bayer – ihre Argumente vorgetragen.

Herr Stv. Wagner stellt dar, dass die Messwerte bei der Auswaschung von Asche, so wie sie zum Einsatz kommen soll, vollkommen unbedenklich sind. Zum Beispiel beim Sulfatanteil lägen die Werte unter denen, die dem Sulfatanteil von handelsüblichen Mineralwasser enthalten seien. Gleiches gelte für „Arsen“, „Blei“, „Cadmium“ usw..

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Stv. Rösener – auch er betont, dass die in Rede stehenden Schlacke sämtliche vorgeschriebenen Grenzwerte unterschreitet und hofft, dass Frau Dr. Dinnebier doch ihre Planungen realisiert - , Herr Beig. Bayer mit dem Hinweis, dass es sich im Bereich Lüntenbeck um eine Deponie ohne Basisabdichtung, die zudem noch im Landschaftsschutzgebiet liege, handelt und es in der Abwägung aus seiner Sicht sinnvoller sei, weniger belastete Baustoffe zur Abdeckung zu verwenden, Frau Schäfer, die anmerkt, dass diese Diskussion zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt im Ausschuss hätte geführt werden müssen, Herr Schmidt, der mangelhafte Kommunikation und Abstimmung zwischen Fachverwaltung und Abfallwirtschaftsgesellschaft beklagt und Herr Stv. Mucke. Auch er wünscht sich für die Zukunft eine frühzeitigere Abstimmung und Vorstellung im Ausschuss für Umwelt.

Weitere Erläuterungen gibt im Folgenden Herr Rothgang. Das Ressort sei zum Stand der letzten Ausschuss-Sitzung am 24.01.2006 Eigentümer und Auftraggeber der Deponiesanierung Lüntenbeck gewesen. Auf dieser Grundlage habe die Verwaltung berichtet. Danach sei durch die AWG die Genehmigungskonformität der Schlacke verhandelt und festgestellt worden. Nordrhein-Westfalen – so Herr Rothgang weiter – sei das Bundesland, in dem Baustoffe eingebaut bzw. untergebracht werden können, die in anderen Bundesländern nicht eingebaut bzw. untergebracht werden könnten. In Wuppertal gäbe es ca. 15.000 belastete Grundstücke. Deren Belastung sei zum jeweiligen Zeitpunkt genehmigungskonform gewesen. Nach seiner Sicht könne dieses Argument für die Zukunft nicht gelten. Aus diesem Grunde habe die Fachverwaltung vorgeschlagen, eine sehr deutliche Trennung zwischen unbelasteten und belasteten Arealen in der Stadt zu vollziehen – also dort, wo bislang noch keine Belastung sei, nichts dafür zu tun, deren Image und deren physikalische und chemische Situation zu verschlechtern, sondern in den Bereichen, in denen keine Vorbelastung besteht und in denen außerdem Landschaftsschutz besteht, auf zusätzlichen Eintrag belasteter Materialien zu verzichten. Diese Absicht spräche weder gegen die Existenz belasteter Materialien noch gegen die Regularien, die das Land im Umgang mit belasteten Materialien – einschließlich MV-Schlacke – gefunden hat.

Weitere Wortbeiträge leisten Herr Stv. Rösener, Herr Schmidt, Herr Dr. Kroll, Herr Rothgang und Herr Beig. Bayer.

Die Vorsitzende regt an, der Vorlage zuzustimmen, darüber hinaus Frau Dr. Dinnebier zu ermutigen, ihr Projekt doch zu realisieren und gleichzeitig die AWG zu bitten, darüber nachzudenken, gegebenenfalls alternative Möglichkeiten der Sanierung bzw. der Schlackenverbringung zu finden.

Auch Herr Stv. Rösener würde sich eine Beibehaltung des Dinnebier-Konzeptes für die Nachfolgenutzung der Deponie wünschen. Eine diesbezügliche Vorlage sollte dem Ausschuss vorgelegt werden.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 07.03.2006:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des neuen Sachstandes eine Drucksache zur Planung der Folgenutzung der Deponie Lüntenbeck vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

7 **Oberflächenabdichtung der Deponie Lüntenbeck**
Vorlage: VO/0127/06

Der Ausschuss für Umwelt nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

8 **Abschluss der Deponie Lüntenbeck**
Vorlage: VO/0256/06

Herr Dr. Kroll kommentiert die Beantwortung der von seiner Fraktion gestellten Fragen und zeigt sich in einigen Punkten mit der Beantwortung unzufrieden. Gegebenenfalls werde seine Fraktion eine erneute Anfrage stellen.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt die Beantwortung der von der WfW-Fraktion gestellten Fragen zum Abschluss der Deponie Lüntenbeck zur Kenntnis.

9 **Verwertung von Schneebruchholz**
Vorlage: VO/0273/06

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 07.03.2006:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein ökologisch und ökonomisch sinnvolles Konzept zur Verwertung von Schneebruchholz zu entwickeln. Eine denkbare Verwertungsmöglichkeit ist die Verarbeitung des Schneebruchholzes zu Holzpellets und Holzhackschnitzel. Zu prüfen ist, ob eine Kooperation zwischen der zuständigen Fachverwaltung, GESA und ARGE Wuppertal wirtschaftlich sinnvoll und möglich ist, um im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten das Schneebruchholz aus den Wuppertaler Wäldern zu entfernen und mit den Kompetenzen und technischen Möglichkeiten der GESA für die Herstellung von Holzpellets und Holzhackschnitzel zu verwerten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

10 **Schneebruchkatastrophe 2005**
Vorlage: VO/0109/06

Zu diesem Thema hat der Ausschuss vor Sitzungsbeginn einen Ortstermin im Bereich „Gelpe“ wahrgenommen. Die Vorsitzende dankt hierfür Herrn Vosteen und seinen MitarbeiterInnen.

Herr Stv. Mucke dankt der Verwaltung für den vorgelegten Bericht.

An der folgenden Aussprache, die auch die Diskussion des gemeinsamen Antrages von CDU und SPD zur „Verwertung von Schneebruchholz“ einbezieht, beteiligen sich Herr Schmidt, Herr Schmiedecke, Herr Stv. Rösener, Frau Schäfer, Herr Vosteen und Herr Rothgang.

Letzterer kündigt für die nächste Sitzung eine Vorlage der Verwaltung zum Thema „Holzenergiehof“ an.

Der Sachstandsbericht über die Auswirkungen der Schneebruchkatastrophe 2005 wird entgegen genommen.

**11 Weitere Ausgabe von Holz sammelscheinen
- Antrag der Fraktion DIE LINKSPARTEI.PDS vom 07.02.2006 -
Vorlage: VO/0169/06**

Nach Redebeiträgen von Herrn Stv. Mucke, Herrn Stv. Wagner, Herrn Stv. Rösener und Herrn Dahlmann sowie zusätzlichen Erläuterungen von Herrn Vosteen und Herrn Schmiedecke beschließt der Ausschuss, die weitere Erörterung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung am 23.05.06 zu vertagen.

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 07.03.2006:

Der Ausschuss vertagt die weitere Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 4 Gegenstimmen der CDU-, FDP- und WfW-Fraktion)

**12 Weitere Ausgabe von Holz sammelscheinen
Stellungnahme zum Antrag der LINKSPARTEI.PDS vom 07.Februar 2006
Vorlage: VO/0169/06/1-A**

Beschluss des Ausschusses für Umwelt vom 07.03.2006:

Der Ausschuss vertagt Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung am 23.05.2006.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (bei 4 Gegenstimmen der CDU-, FDP- und WfW-Fraktion)

**13 Bericht über die Verwendung der Ersatzgelder und Durchführung von
Kompensationsmaßnahmen in 2005
Vorlage: VO/0106/06**

Frau Schäfer formuliert verschiedene Nachfragen zur vorgelegten Drucksache. Die Antworten der Verwaltung liegen dem Protokoll als Anlage bei.

Weitere Diskussionsbeiträge leisten Herr Stv. Rösener, Frau Mölleken, Herr Stv. Wagner und Herr Rothgang.

Der Bericht zur Einnahme und Verwendung der Ersatzgelder sowie der durchgeführten Kompensationsmaßnahmen wird entgegen genommen.

**14 Abschluss und Verwendung des Hofstellenkatasters
Vorlage: VO/1355/05**

Mit Behandlung und Beschlussfassung der VO/0223/06 im nichtöffentlichen Teil ist diese Drucksache als erledigt zu betrachten.

15 Berichte, Mitteilungen und Anfragen

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Mucke zur geplanten Kampagne „Sau-schön“ stellt Herr Rothgang den aktuellen Sachstand dar.

Des weiteren geht Herr Rothgang auf die Problematik „Remondis“ / „gelbe Tonnen“ ein. Die hier eingegangenen Beschwerden seien den örtlich Verantwortlichen der Firma wie auch dem Dualen System Deutschland wie auch dem Deutschen Städtetag übermittelt worden. Die hiesigen Klagen seien auch - so Herr Rothgang – in vielen anderen Städten Deutschlands laut geworden. Noch lägen keine Reaktionen von Remondis vor.

Herr Stv. Rösener regt eine - möglicherweise über das städtische Presseamt zu formulierende – Unterrichtung der Bevölkerung an, dass nicht mehr die AWG für die Leerung der gelben Tonnen verantwortlich ist.

Weiterhin teilt Herr Rothgang mit, dass der Luftmessbericht 2005 in den nächsten Tagen fertiggestellt und – unmittelbar nach Fertigstellung und schon vor der nächsten Ausschuss-Sitzung – im Internet eingestellt wird.

In Sachen „Feinstaub“ stellt Herr Rothgang dar, dass die Inversions-Wetterlage zu Beginn des Jahres zu einer Eskalation von Überschreitungstagen geführt hat. Mit der Aufstellung eines Luftreinhalteplanes für Wuppertal sei zu rechnen – eine Arbeitsgruppe tage bereits in allernächster Zukunft. Der Aktionsplan – so Herr Rothgang – sehe vor, dass nichtverkehrliche Feinstaubquellen überprüft werden sollen. Ein gemeinsames Schreiben der Stadt und der WSW sei an die „Einzel-Heizungs-Besitzer“ im Bereich der Strasse Steinweg mit dem Hinweis auf „Energieberatungsangebote / Wärmedämmung usw.“ verschickt worden.

Zusätzliche Fragen von Frau Schäfer werden im Folgenden von Herrn Rothgang beantwortet.

Über einen Störfall bei der Firma „Membrana“ berichtet Herr Wächter.

Der Ausschuss für Umwelt nimmt die Berichte und Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

17 Berichte, Mitteilungen und Anfragen

entfällt

Stv. Bettina Brücher
Vorsitzende

Michael Lutz
Schriftführer